

Zymek, Bernd

Der Strukturwandel des Mädchenschulsystems in Preußen 1908-1941

Zeitschrift für Pädagogik 34 (1988) 2, S. 191-203



Quellenangabe/ Reference:

Zymek, Bernd: Der Strukturwandel des Mädchenschulsystems in Preußen 1908-1941 - In: Zeitschrift für Pädagogik 34 (1988) 2, S. 191-203 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-144759 - DOI: 10.25656/01:14475

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-144759>

<https://doi.org/10.25656/01:14475>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 34 – Heft 2 – März 1988

I. Essay

ELISABETH FLITNER Ein Frauenstudium im Ersten Weltkrieg 153

II. Thema: „Geschichte der Mädchenbildung und des Frauenstudiums“

HANS-JÜRGEN APEL Sonderwege zum Abitur im Deutschen Kaiserreich 171

BERND ZYMEK Der Strukturwandel des höheren Mädchenschulsystems in Preußen 1908–1941 191

EDITH GLASER/
ULRICH HERRMANN Konkurrenz und Dankbarkeit. Frauenstudium und Studentinnen-Alltag an einer deutschen Universität zwischen 1904 und 1934 205

III. Diskussion

GOTTHILF G. HILLER Perspektiven der Schule für Lernbehinderte. Umrisse eines Bildungskonzeptes für Kinder und Jugendliche der unteren Statusgruppen 227

WOLFGANG BREZINKA Über den begrenzten Nutzen wissenschaftstheoretischer Reflexionen für ein System der Erziehungswissenschaft. Eine Antwort an Walter Herzog 247

IV. Rezensionen

HEINZ-ELMAR TENORTH WILHELM FLITNER: Erinnerungen 1889–1945 271

WOLFGANG ALTHOF WOLFGANG EDELSTEIN/JÜRGEN HABERMAS (Hrsg.): Soziale Interaktion und soziales Verstehen. Beiträge zur Entwicklung der Interaktionskompetenz 275

- | | |
|----------------------|--|
| WOLFGANG ALTHOF | WOLFGANG EDELSTEIN/GERTRUD NUNNER-WINKLER (Hrsg.): Zur Bestimmung der Moral. Philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Moralforschung 275 |
| FRIEDRICH SCHWEITZER | FRITZ OSER/REINHARD FATKE/OTFRIED HÖFFE (Hrsg.): Transformation und Entwicklung. Grundlagen der Moralerziehung 284 |
| FRIEDRICH SCHWEITZER | FRITZ OSER/WOLFGANG ALTHOF/DETLEF GARZ (Hrsg.): Moralische Zugänge zum Menschen, Zugänge zum moralischen Menschen. Beiträge zur Entstehung moralischer Identität 284 |
| RAINER WINKEL | BRIAN und SHIRLEY SUTTON-SMITH: Hoppe, hoppe, Reiter ... Die Bedeutung von Kinder-Eltern-Spielen 288 |

V. Dokumentation

Pädagogische Neuerscheinungen 293

Contents

I. Essay

- ELISABETH FLITNER Women in the University During the First World War
– An Autobiographical Report 153

II. Topic: The History of Higher Education for Girls

- HANS-JÜRGEN APEL Special Arrangements for Girls to Take the Final
Examination in the Era of the German Empire
171
- BERND ZYMEK Structural Changes in Secondary Education for Girls
in Prussia, 1908–1941 191
- EDITH GLASER/
ULRICH HERRMANN Competition and Gratitude – Memoirs of Some of the
First Women to Enter the Universities (in this Case
Tübingen) During the First Three Decades of the
Twentieth Century 205

III. Discussion

- GOTTHILF G. HILLER 227
- WOLFGANG BREZINKA On the Restricted Use of Epistemological Studies for
a System of the Science of Education – A Reply
247

IV. Book Reviews 271

V. Documentation

- New Books 293

Der Strukturwandel des Mädchenschulwesens in Preußen, 1908–1941

Zusammenfassung

In dem Aufsatz werden die globalen Ergebnisse eines empirischen bildungshistorischen Forschungsprojekts vorgestellt. Eine zusammenfassende Tabelle dokumentiert die quantitative Entwicklung der höheren Lehranstalten für Mädchen, ihrer Schülerinnen und Abiturientinnen in Preußen von der Reform von 1908 bis in den Zweiten Weltkrieg. Die Daten werden unter Einbezug der wichtigsten schulpolitischen Weichenstellungen und im Zusammenhang der Entwicklung des gesamten Schulsystems erläutert und interpretiert. Abschließend wird der Stellenwert dieser schulhistorischen Prozesse während der ersten Hälfte des Jahrhunderts für die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten drei Jahrzehnte angedeutet und Forschungsdesiderate werden skizziert.

Die sukzessive Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen beim Besuch weiterführender Schulen, insbesondere in den zur allgemeinen Hochschulreife führenden Gymnasien, ist vielleicht der wichtigste Aspekt der Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten drei Jahrzehnte (EIGLER u. a. 1980). Dieser Prozeß unterliegt einer merkwürdig zwiespältigen Bewertung und Verdrängung. Sowohl in Kreisen der Schulpolitiker als auch in der engagierten Frauenbewegung wird er nicht uneingeschränkt als Erfolg bewertet; bei ersteren wegen der expansiven Konsequenzen für das gesamte Bildungssystem, bei letzteren, weil man den erreichten Stand der Chancengleichheit im Schulwesen nicht zu hoch bewerten und die subtileren Formen der Diskriminierung zur Diskussion stellen will. Vor diesem Hintergrund erscheint es, zwar nicht gerechtfertigt aber doch plausibel, daß dieser bedeutsame schulhistorische Prozeß bisher weder differenziert empirisch aufgearbeitet noch analysiert und erklärt worden ist (vgl. KÖHLER/ZYMEK 1981).

Eine tiefgreifende Veränderung der Schulwirklichkeit und des sozialen Umfeldes der Schulen erscheint den meisten nun vorschnell als selbstverständlich oder als Ergebnis eines mysteriösen Aufklärungsschubs in der deutschen Gesellschaft. Dabei ist zu erwarten, daß eine Analyse dieses Prozesses wertvolle Einsichten in die Bedingungen und Mechanismen des Zusammenhangs von Schulentwicklung und gesellschaftlichen Veränderungen ergeben wird.

Im folgenden soll (1) der sukzessive Abbau der Benachteiligung von Mädchen in weiterführenden Schulen in den Zusammenhang der langfristigen Schulentwicklung in Deutschland gestellt und (2) die These erläutert werden, daß die außergewöhnlich erscheinende Dynamik der Schulentwicklung und der höheren Mädchenbildung in den sechziger und siebziger Jahren nur angemessen eingeschätzt werden kann, wenn der Einbezug von jungen Mädchen und Frauen in die Institution höherer Bildung schon während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts damit verglichen wird. Dies soll an Hand einer Interpretation der globalen Ergebnisse eines von der DEUTSCHEN FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT geförderten Forschungsprojekts erläutert werden, in dem „der Strukturwandel des Mädchenschulwesens in Preußen während der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft in

Deutschland“ in seinen strukturellen und quantitativen Dimensionen empirisch aufgearbeitet und im Zusammenhang der Entwicklung des preußischen Schulsystems während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysiert wurde.

1. *Das preußische Mädchenschulwesen nach der Reform von 1908*

Die Bestimmungen des preußischen Unterrichtsministeriums zur „Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens“ vom 18. August 1908 (ZENTRALBLATT 1908, S. 694 ff.) bedeuteten in erster Linie eine Aufspaltung der Entwicklung des Konglomerats von Mädchenschulen, die sich zwar immer als „höhere Schulen“ bezeichnet hatten, in der Systematik des Ministeriums aber bis dahin nicht zum höheren, sondern zum niederen Schulwesen gezählt worden waren: Mädchenschulen, die schon 1908 einen entsprechenden Ausbaustand erreicht hatten oder in den nächsten Jahren sich so weiterzuentwickeln in der Lage waren, daß sie den Kriterien des Erlasses genügen konnten, waren von nun an, wie die anerkannten höheren Knabenschulen, Teil des *höheren* Schulsystems; alle anderen Mädchenschulen zählten für das Ministerium zu der Kategorie der *mittleren Schulen*. Sie gehörten zu derjenigen Gruppe von Schulen, die das Unterrichtsministerium zwei Jahre später in den „Bestimmungen zur Neuordnung des Mittelschulwesens“ (ZENTRALBLATT 1910, S. 343 ff.) insgesamt nur negativ als „zwischen der eigentlichen Volksschule und den höheren Schulen stehende Einrichtungen“ definieren konnte.

Die *Mittelschulen* waren nur ein geringer Teil dieser *mittleren Schulen*. Zu dieser (in den amtlichen Statistiken zusammengefaßten) Restkategorie von Schulen gehörten auch alle Anstalten, die zwar nach dem Lehrplan einer höheren Schule unterrichteten, aber nicht den vollen Kurs einer (in der Regel sechsklassigen) Nichtvollanstalt anbieten konnten oder wollten und deshalb nicht als höhere Schulen anerkannt werden konnten; z. B. die Rektoratschulen, höheren Bürgerschulen, verschiedenen Formen von Stadtschulen – und eben auch die höheren Mädchenschulen, die sich nicht im Sinne der Reformbestimmungen von 1908 weiterentwickeln konnten. Paradoxerweise wurden die anerkannten siebenklassigen *höheren Mädchenschulen* ab 1912 *Lyzeen* genannt. Die durch den Aufwertungsprozeß dieser Schulen implizit zu mittleren Schulen abgewerteten anderen Mädchenschulen durften weiter den Namen „höhere Mädchenschule“ führen (ZENTRALBLATT 1912, S. 213 ff.). Die Abwertung des Status dieser Schulen im Rahmen der Hierarchie des preußischen Bildungssystems wurde durch das Zugeständnis einer mißverständlichen Namensgebung kaschiert. Noch 1921 gab es im Staat Preußen 121 öffentliche und 237 private Mädchenschulen dieser Art als Teil des mittleren Schulwesens (PREUSSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT 1924, S. 36). Ihre Weiterentwicklung war Teil des schulhistorischen Prozesses von den *mittleren Schulen* zum *neuen Mittelbau* im deutschen Schulsystem (vgl. MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 136 f.; LESCHINSKY 1978).

Die (unten abgedruckte) Tabelle dokumentiert – in Anlehnung an die Systematik der amtlichen Erlasse und der schulstatistischen Quellen – die Entwicklung nur derjenigen höheren Lehranstalten für Mädchen, die den Auflagen des Reformerlasses von 1908 sowie der Folgerlasse entsprechen konnten und von den preußischen Schulverwaltungsbehörden als höhere Schulen anerkannt wurden. Sie zeigt, daß die Gruppe der Anstalten, die eine entsprechende Weiterentwicklung realisieren konnte, sich schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg herauschälte. Ein Jahr

Tabelle 1:

Das höhere Mädchenschulsystem im Staat Preußen, 1909–1941

Jahr	Anstalten			Schülerinnen			Anstalten m. Kursen die z. Abitur führen			Abiturientinnen		
		öff.	priv.		öff.	priv.		öff.	priv.		öff.	priv.
	abs.	in %	in %	abs.	in %	in %	abs.	in %	in %	abs.	in %	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1909	309	52.4	47.6				22	90.9	9.1			
1910	439	51.7	48.3	146869			27	88.9	11.1			
1911	450	52.9	47.1				33	90.9	9.1			
1912	470	54.3	45.7	155175	74.5	25.4	39	84.6	15.4	188		
1913	485	53.8	46.2	159194	75.7	24.3	40	82.5	17.5	228	90.8	9.2
1914	489	54.2	45.8	162658	63.8	36.2	43	81.4	18.6	281	92.5	7.5
1915	497	56.1	43.9	164725	65.5	34.5	43	83.7	16.3	612	93.3	6.7
1916	501	56.3	43.7	171423	66.0	34.0	44	84.1	15.9	604	96.2	3.8
1917	505	56.4	43.6	180656	66.1	33.9	45	84.5	15.6	570	93.5	6.5
1918	514	56.0	44.0	193249	65.4	34.6	45	82.2	17.8	659	91.5	8.5
1919	522	56.1	43.9	211355	65.0	35.0	47	83.0	17.0	699	88.1	11.9
1920	511	57.1	42.9	217028	65.6	34.4	50	82.0	18.0	640	91.4	8.6
1921	510	59.6	40.4	21853	66.3	33.7	60	83.3	16.7	713	87.9	12.1
1922	511	59.9	40.1	200754	64.9	35.1	86	86.1	14.0			
1924	489	64.6	35.4				165	78.8	21.2			
1925	506	64.6	35.4				194	79.9	20.1			
1926	516	65.5	34.5	176715	72.7	27.3	219	78.5	21.5	1165	80.1	19.9
1927	525	65.7	34.3				241	76.8	23.2			
1928	536	66.8	33.2				266	75.6	24.4			
1929	538	66.9	33.1				286	74.1	25.9			
1930	535	67.3	32.7				302	73.5	26.5			
1931	535	67.9	32.1	177812	75.0	25.0	314	72.0	28.0	5744	79.8	20.2
1932	522	68.0	32.0	158746	75.5	24.5	311	71.4	28.6	6382	80.2	19.8
1933	513	67.3	32.7				304	71.1	28.9			
1934				138462	74.6	25.4						
1935	505	68.3	31.7	140507	74.0	26.0	272	70.2	29.8	4325	73.9	26.1
1936	492	68.7	31.3	137247	74.3	25.7	265	69.8	30.2	3157	73.1	26.9
1937	477	71.3	28.7	134053	78.2	21.8	259	74.1	25.9	2607	76.0	23.9
1938	447	75.8	24.2	127038	85.4	14.6	271	78.6	21.4	4058	78.6	21.4
1939	430	81.2	18.8	125601	89.9	10.1	339	86.1	13.9	5502	83.6	16.4
1940	405	90.4	9.6	122786	95.9	4.1	336	93.2	6.8	11920	89.1	10.9
1941	418	93.5	6.5	128507	97.5	2.5	338	95.6	4.4	8143	95.6	4.4

Quellen zu den Spalten 1, 2, 3 und 7, 8, 9

1909–1919: ZENTRALBLATT (1909–1919). 1920–1922, 1924–1933: HANDBUCH DER PREUSSISCHEN UNTERRICHTSVERWALTUNG (1920–1933). 1934: DWEV (1935). 1935–1941: REICHSTELLE FÜR SCHULWESEN (1936–1943).

Die in den schulstatistischen Quellen in Schultypenangebote aufgegliederten Daten zu den höheren Mädchenschulen (z. B. Lyzeum, Studienanstalt, Oberlyzeum, Frauenschule usw.; vgl. MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 121 ff.) wurden als Anstalten rekonstruiert.

In den Spalten 7, 8 und 9 wurden höhere Lehranstalten für Mädchen mit folgenden Kursangeboten erfaßt: 1. (1909–1922) Studienanstalten; 2. (1924–1936) Studienanstalten,

Oberlyzeen, Aufbauschulen, Deutsche Oberschulen; 3. (1937–1938) Oberschulen für Mädchen, sprachliche Form, Oberschulen für Mädchen, sprachliche und hauswirtschaftliche Form, Oberschulen in Aufbauform; 4. (1939–1941) alle Vollanstalten.

Quellen zu den Spalten 4, 5, 6 und 10, 11, 12

1910, 1912–1914: KÖNIGLICH PREUSSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (1911, 1913–1915). 1915–1919: ZENTRALBLATT (Statistische Mitteilungen) (1915–1919). 1920, 1921: HANDBUCH DER PREUSSISCHEN UNTERRICHTSVERWALTUNG (1922). 1926: PREUSSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (1931). 1931 und 1932: REICHSMINISTERIUM DES INNERN (1933). 1935–1941: REICHSSTELLE FÜR SCHULWESEN (1936–1943).

nach der Veröffentlichung des Reformerlasses waren 309 Anstalten anerkannt, 1914 schon 489; in den folgenden Jahren stieg diese Zahl nur noch leicht an (Spalte 1).

Anders als bei den höheren Knabenschulen, die bis auf wenige Ausnahmen in Preußen öffentliche Schulen waren (MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 137f.), hatten bei den höheren Mädchenschulen in diesen Jahren vor dem Ersten Weltkrieg fast die Hälfte der Anstalten private Träger, vor allem geistliche Orden (Spalte 2 und 3). Es waren meist wenig ausgebaute Schulen. Sie stellten 1914 zwar 45,8% der Anstalten, unterrichteten darin aber nur 36,2% der Schülerinnen (Spalten 3 und 6). Von der kleinen Gruppe höherer Mädchenschulen mit Kursangeboten, die zur allgemeinen Hochschulreife führten, waren zum gleichen Zeitpunkt nur 18,6% Privatanstalten (Spalten 7, 8 und 9).

Die Reform von 1908 galt bisher vor allem deshalb als bedeutsame Weichenstellung in der preußischen Bildungsgeschichte, da von nun an nicht mehr nur an wenigen Versuchsschulen, sondern im Prinzip an allen Mädchenschulen zum Abitur führende Kursangebote – die von Untertertia oder Obertertia abzweigenden „Studienanstalten“ – eingerichtet werden konnten (ZENTRALBLATT 1908, S. 699f., 706f.). Diese neue Entwicklungschance wurde aber zunächst nur für wenige Mädchenschulen relevant. Nur eine kleine Gruppe von Anstalten hatte in diesen Jahren einen Ausbaustand und ein ausreichend breites Rekrutierungsfeld, um solche Kurse einrichten zu können (Spalte 7), vor allem die Mädchenschulkomplexe in größeren Städten (KÖNIGLICH PREUSSISCHE AUSKUNFTSSTELLE FÜR SCHULWESEN 1914, S. 61ff.). Die Zahl der Abiturientinnen, die in diesen Kursen die allgemeine Hochschulreife erwarben, war zunächst noch sehr klein. 1915 verdoppelte sie sich, denn nun hatten die ersten Jahrgänge, die 1909 in die Studienanstalten übergegangen waren, den Kurs bis zum Abitur absolviert (Spalte 10).

Für die große Mehrheit der Mädchenschulen lag aber dieser Aspekt der Reform zunächst jenseits ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Die jahrzehntelangen Diskussionen um die Zulassung zum Hochschulstudium für Frauen und die Einrichtung von entsprechenden höheren Lehranstalten für Mädchen waren ein Anliegen kleiner bildungsbürgerlicher Milieus in den Großstädten, denen das Unterrichtsministerium mit den einschlägigen Reformbestimmungen entgegenkam (ZENTRALBLATT 1908, S. 699). Für die große Zahl von Mädchenschulen in Klein- und

Mittelstädten war ein solcher Ausbau der Anstalten in diesen Jahren noch nicht realisierbar. Sie hatten große Schwierigkeiten, auch nur den wenigen und durch Übergangs- und Ausnahmeregelungen abgeschwächten Auflagen für eine Anerkennung als nicht vollausgebaute höhere Schule zu entsprechen (vgl. ZYMEK 1988). Probleme bereitete vor allem die Bestimmung, daß in den wissenschaftlichen Fächern künftig mindestens die Hälfte des Unterrichts von akademisch gebildeten Lehrkräften erteilt werden mußte, eine Regelung, die den Prozeß der Anerkennung als höhere Schule mit dem Zwang zur Aufbringung erheblicher Mehrkosten für die Schulträger verkoppelte (ZENTRALBLATT 1908, S. 703). Aus der Perspektive dieser großen Mehrheit von Mädchenschulen in den Klein- und Mittelstädten des preußischen Staates bedeutete die Reform von 1908 nicht eine längst überfällige staatliche Konzession, den jungen Frauen bislang verwehrte Bildungs- und Berufschancen eröffnen zu können, sondern wirkte als institutionalisierter Zwang zu einer Mobilisierung des weiblichen Bildungspotentials in ihrem regionalen und sozialen Umfeld.

2. *Die Lehrerbildungsreform als Motor der Schulentwicklung*

Die für die Weiterentwicklung der preußischen höheren Mädchenschulen folgenreichste Bestimmung des Reformerlasses von 1908 war der neue bürokratische Status dieser Schulen als Teil des höheren Schulsystems. Alle Regelungen und Reformschritte, zu denen sich künftig das Unterrichtsministerium mit Blick auf die höheren Knabenschulen veranlaßt sah, galten von nun an auch für die höheren Mädchenschulen; sie waren jetzt in die Dynamik der Entwicklung des Gesamtsystems eingebunden. Das galt auch für die Inhalte des Unterrichts (ZYMEK 1988). Alle schultypenspezifischen Lehrpläne des höheren Knabenschulsystems konnten nach 1908 – zum Teil unter anderen Typenbezeichnungen – auch an höheren Lehranstalten für Mädchen eingesetzt werden. Die große preußische Lehrplanreform von 1924 betraf zum ersten Mal sowohl die höheren Knaben- wie die Mädchenschulen und dokumentierte damit den neuen Stand des höheren Schulsystems als System von Knaben- und Mädchenschulen (MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 127f.).

Bedeutsamer für die strukturelle und quantitative Weiterentwicklung der preußischen höheren Lehranstalten für Mädchen wurde in den folgenden Jahren der für höhere Schulen konstitutive Zwang, den Anteil der akademisch gebildeten Lehrer zu steigern. Wenn die höheren Mädchenschulen nicht zu einem Berufsfeld nur für Männer werden und die 1908 festgelegte Quotenregelung (die die Anstellung von etwa einer Hälfte, mindestens aber einem Drittel von Männern und Frauen in jeder Statusgruppe von Lehrern an diesen Schulen vorsah) realisiert werden sollte (ZENTRALBLATT 1910, S. 707f.), dann waren die Oberstufenkurse an etwa einem Viertel der höheren Lehranstalten für Mädchen, die zum Beruf der – seminaristisch gebildeten – Lehrerin führten und auch nach 1908 weiter bestehen blieben, strukturell in Frage gestellt und ohne Zukunft. Dies galt um so mehr, da schon im Krieg über eine Umstrukturierung auch des Volksschullehrerberufs zu einer Abiturientenkarriere diskutiert wurde. Diese Konstellation führte zu der in Fachkreisen im Krieg diskutierten Krise des „Oberlyzeums“, d. h. der Oberstufenkurse, in denen die Vorbildung („wissenschaftliche Klassen“) und Ausbildung („Seminar-klassen“) zu einer Lehrerin an Volksschulen und (traditionellen) höheren Mädchenschulen

stattfanden. Sie führte schließlich in einer Reihe von Fällen zur Umwandlung von „Oberlyzeen“ in „Studienanstalten“, also dem höchstberechtigten Schultyp im Mädchenschulsystem, den das Ministerium quantitativ begrenzt halten wollte (ZENTRALBLATT 1908, S. 701). Um diese Entwicklung zu kontrollieren, betrieb das Unterrichtsministerium im Krieg Schritt für Schritt die Umwandlung der Lehrerinnenbildungskurse in Oberstufenkurse mit der Abschlußberechtigung einer (auf das Lehramt) beschränkten Hochschulreife (MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 73).

Als dann kurz nach dem Krieg – wegen des Überangebots an anstellungsfähigen Lehramtskandidaten – das Ende der traditionellen seminaristischen Lehrerausbildung angeordnet und 1922 die Umwandlung eines Teils dieser traditionellen Lehrerausbildungsinstitutionen (Präparandenanstalten und Lehrerseminare) in einem neuen Typ der höheren Schule, den „Aufbauschulen“, begonnen wurde (ebd., S. 126), da erzwang das bürokratische Prinzip der Gleichbehandlung eine entsprechende Umstrukturierung auch der an höhere Lehranstalten für Mädchen angeschlossenen Lehrerinnenbildungskurse. Entsprechend der Konstruktion bei den Realschulen und Oberrealschulen im höheren Knabenschulsystem führte das Ministerium ein „neues Oberlyzeum“ als zur allgemeinen Hochschulreife führende Oberstufe der Lyzeen ein. Die „Richtlinien für die Umgestaltung der Lyzeen und Oberlyzeen“ von 1923 regelten im Detail diese Konsequenz der Lehrerbildungsreform und schlossen gleichzeitig den strukturellen Anpassungsprozeß des höheren Mädchenschulwesens an die Standards und Strukturmerkmale des höheren Schulsystems ab, indem sie auch für die Lyzeen nun alle Merkmale einer sechsklassigen höheren Schule vorschrieben (ZENTRALBLATT 1923, S. 147 ff.). Fast alle höheren Lehranstalten für Mädchen mit traditionellen Lehrerinnenbildungskursen wandelten diese in den folgenden Jahren in neue Oberlyzeen um, die – wie die Aufbauschulen – nun als Abschlußberechtigung die allgemeine Hochschulreife verliehen. So verdoppelte sich zwischen 1922 und 1924 die Zahl der Mädchenschulen mit zum Abitur führenden Kursangeboten, und sie stieg auch in den folgenden Jahren bis 1931 stetig an (Spalte 7).

Konsequenterweise nahm auch die Zahl der Abiturientinnen zu, allein zwischen 1926 und 1931 verfünffachte sie sich an den preußischen höheren Mädchenschulen (Spalte 10). Nur wenig mehr als 20 Jahre, nachdem zum ersten Mal den jungen Frauen an höheren Lehranstalten für Mädchen der Weg zur allgemeinen Hochschulreife prinzipiell eröffnet worden war, stellten sie schon mehr als ein Viertel der preußischen Abiturienten: 1931 waren es 26,1%, 1932 sogar 27,2%. Diese Quote ergab sich nicht allein aus der Zahl der Absolventinnen von Mädchenschulen (Spalte 10; vgl. auch MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 125). Der Anschluß von höheren Lehranstalten für Mädchen an das höhere Schulsystem hatte nämlich auch zur Konsequenz, daß an den Orten, an denen den Mädchen keine anerkannte höhere Mädchenanstalt angeboten wurde, diese nun in den höheren Knabenschulen aufgenommen werden mußten. Während der zwanziger Jahre besuchte eine zunehmende Zahl von Mädchen höhere Knabenschulen (ebd., S. 140). So kam es, daß 1931 von den Abiturientinnen 11,9% ihr Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife an höheren Knabenschulen erwarben (REICHSMINISTERIUM DES INNEREN 1933, S. 243).

3. Verstaatlichung und Schulausbau während der zwanziger Jahre

Diese Entwicklung war nur möglich als tiefgreifender Strukturwandel innerhalb der Gruppe der höheren Lehranstalten für Mädchen: Dazu gehörte in erster Linie der sukzessive Rückgang der höheren Lehranstalten für Mädchen in privater Trägerschaft; 1919 stellten sie 44% aller Anstalten, Anfang der 30er Jahre nur noch 32% (Spalte 3). Entscheidend dafür war, daß ein Teil der privaten Schulträger auf dem Höhepunkt der großen Inflation Anfang der zwanziger Jahre seine Lehrkräfte nicht mehr angemessen bezahlen oder dann 1923 die neuen Anforderungen an Lyzeen nicht mehr erfüllen konnte. Aber nur ein kleiner Teil dieser als Privatschulen nicht überlebensfähigen höheren Lehranstalten für Mädchen wurde aufgelöst bzw. zu mittleren Schulen abgewertet. Die meisten wurden von den Städten übernommen (Spalte 2), die einen Fortfall dieser lokalen Schulangebote in der Regel nicht zulassen und auch ihren weiteren Ausbau, der durch die schulpolitischen Weichenstellungen im Zusammenhang der Lehrerbildungsreform erzwungen wurde, eher finanzieren konnten. Die als Privatschulen überlebensfähigen Anstalten wurden in den zwanziger Jahren in den Ausbauprozess der höheren Lehranstalten für Mädchen einbezogen. Auch in der schrumpfenden Gruppe der Privatanstalten nahm der Anteil der Schulen mit zur allgemeinen Hochschulreife führenden Kursangeboten zu: 1921 stellten sie 16,7% der so ausgebauten Schulen, 1924 dann 21,2%, 1931 schon 28% der Vollanstalten im höheren Mädchenschulsystem (Spalte 9).

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, daß dieser Schulausbau im höheren Mädchenschulsystem von zurückgehenden Schülerinnenzahlen begleitet war. Die amtlichen Statistiken zeigen einen Anstieg der Gesamtzahl der Schülerinnen an höheren Lehranstalten vor und während des Ersten Weltkriegs bis 1921, dann einen kontinuierlichen Rückgang, der erst im Zweiten Weltkrieg aufgehalten scheint (Spalte 4). Hinter diesen Zahlen verbirgt sich ein vielschichtiger Umstrukturierungsprozeß in vielen höheren Lehranstalten für Mädchen. Die zur Verfügung stehenden amtlichen schulstatistischen Veröffentlichungen für die Jahre 1909 bis 1921 bieten als Gesamtzahl der Schülerinnen an höheren Mädchenanstalten nur Daten, die – entsprechend den amtlichen Regelungen – auch die Vorschülerinnen einschließen. 1922 waren von den 200754 Schülerinnen immerhin 17,8% in den angeschlossenen Vorschulklassen; in öffentlichen Schulen waren es 12%, in Privatschulen 27%. Mit der Durchführung der Grundschulreform verloren die öffentlichen und ein Teil der privaten Anstalten diese Schülerklientel an die nun für alle Kinder obligatorischen Grundschulklassen der Volksschulen. 1926 befanden sich an den öffentlichen höheren Mädchenschulen nur noch in wenigen Ausnahmefällen (0,58%) Vorschülerinnen; an Privatanstalten stellten die Schülerinnen in den Vorklassen aber noch 20,39% der Schülerinnen insgesamt.

Ein Teil des Rückgangs der Gesamtzahl der Schülerinnen an höheren Lehranstalten für Mädchen ist also auf den Strukturwandel dieser Schulen von ehemals multifunktionalen Schulkomplexen zu grundständigen höheren Schulen zurückzuführen. Die Realisierung der Grundschulreform ist aber nur ein Aspekt dieses Prozesses. Noch die Regelung von 1908 konzipierte die höheren Lehranstalten für Mädchen als Schulzentren mit *Vorschulklassen* (Klassen X bis VII des Mädchenschulsystems!), als Kernbereiche die sieben Klassenstufen umfassende *höhere Mädchenschule* (ab 1912 Lyzeum), davon in Unter- bzw. Obertertia abzweigende *Studienanstalten*, in der Oberstufe mit *wissenschaftlichen Klassen* und *Seminarklassen* zur Lehrerinnenausbildung, mit berufsfachschulartigen *Frauenschulklassen* (auch mit, hier nicht gezählten, fachschulartigen Kursen zur Ausbildung als Kindergärtnerin und techni-

sche Lehrerin, mit Übungskindergärten usw.; vgl. NEGHBABIAN 1988). Mit der Grundschulreform und der Reform der Lehrerbildung wurden die Vorschulklassen abgebaut und die Lehrerinnenbildungskurse zu allgemeinbildenden Oberstufenangeboten umgestaltet sowie die bislang sieben Klassenstufen umfassenden Lyzeen den sechsklassigen Nichtvollanstalten des höheren Knabenschulsystems angegliedert.

Berücksichtigt man zusätzlich die Auswirkungen des Geburtenrückgangs seit etwa 1910 und den Geburtenausfall der Kriegsjahre (der Jahrgang 1917 ist nur etwa halb so groß wie der von 1914!) so erscheint der Rückgang der Gesamtschülerinnenzahl von 1922 auf 1926 und die Stagnation bis 1931 tatsächlich als erfolgreiche Bildungsmobilisierung durch eine Umstrukturierung der Mädchenanstalten. Ohne die Prozesse der Verstaatlichung wenig leistungsfähiger Privatschulen und den Ausbau eines großen Teils der Schulen zu Vollanstalten, mit dem viele Schulträger und Schulleiter den Geburtenrückgang und den Abzug der Vorschülerinnen kompensierten, würde der Rückgang der Gesamtzahl der Schülerinnen an höheren Lehranstalten für Mädchen weit größer ausgefallen sein. Auf dem Höhepunkt des Ausbaus des preußischen höheren Mädchenschulsystems, etwa im Jahr 1931, besteht das preußische höhere Mädchenschulsystem aus 535 Anstalten, von denen 314 zur allgemeinen Hochschulreife führende Kurse anbieten. Die 177812 Schülerinnen in diesen Schulen und die 12601 Mädchen an höheren Knabenschulen stellen 37,8% aller Schüler des höheren Schulsystems.

4. *Widersprüche in der Schulentwicklung während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland*

Nicht erst 1933, sondern schon Anfang der dreißiger Jahre begann eine – zunächst begrenzte – Zurücknahme dieses Ausbaus im preußischen höheren Mädchenschulsystem. Der Schulabbau betraf in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre alle Dimensionen des Systems. Während bis 1931 die Zahl der öffentlichen Schulen stetig zugenommen hatte, fand nun auch hier ein begrenzter Schulabbau statt: durch die Auflösung von Aufbauschulen, die Umwandlung von Studienanstalten und Oberlyzeen in den neuen Typus der „dreiklassigen Frauenschule“, den Abbau von Oberstufenangeboten. Auch die Zahl der Privatschulen ging – zunächst nur leicht – zurück; diese Anstalten erwiesen sich Anfang der dreißiger Jahre sogar als stabiler als die städtischen und staatlichen Schulen (Spalten 1, 2, 3 und 7, 8, 9).

Die quantitative Entwicklung der höheren Lehranstalten für Mädchen, ihrer Schülerinnen und Abiturientinnen während der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und der ersten Kriegsjahre kann ohne Berücksichtigung (a) der schulstrukturellen Eingriffe während dieser Jahre und (b) der demographischen Prozeßkonstellationen nicht angemessen gewichtet werden.

(a) Die „Neuordnung des höheren Schulwesens“, die vom *Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung* durch eine Reihe von Erlassen zwischen 1936 und 1938 begonnen wurde, hatte unter anderem eine stärkere strukturelle Abgrenzung der höheren und mittleren Schulen zum Ziel; höhere Schulen sollten künftig prinzipiell Vollanstalten sein (vgl. ZYMEK 1981, S. 277 ff.). Diese Absicht wurde zwar nicht konsequent durchgesetzt, aber im Zuge dieses Umstrukturie-

rungsprozesses wurde der größte Teil der fortbestehenden höheren Lehranstalten für Mädchen in Preußen zu Vollanstalten ausgebaut (Spalte 7; vgl. MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 135 ff.).

Die Kehrseite dieses Prozesses war die Abdrängung eines Teils der nicht ausbaufähigen Anstalten ins mittlere Schulwesen und der Prozeß der Auflösung bzw. Verstaatlichung von Privatschulen, der seit 1938 gezielt und rigoros betrieben wurde und vor allem gegen die kirchlichen Schulträger gerichtet war (DWEV 1938, S. 65; ebd. 1939, S. 258, 437). 1933 gab es in Preußen 168 private höhere Mädchenschulen, 1937 noch 137, 1939 nur noch 81 und 1941 sogar nur noch 27 (vgl. auch Spalte 3).

Obwohl ein Teil der ehemaligen privaten Mädchenschulen während der dreißiger Jahre von den Städten oder dem Staat übernommen wurde, so war doch der gezielt vorangetriebene Abbau des Privatschulwesens so groß, daß auch die Zahl der höheren Lehranstalten für Mädchen insgesamt ständig abnahm (Spalte 1). Dann aber erfuhr die Gruppe der anerkannten höheren Mädchenschulen im Gefolge der „Neuordnung des mittleren Schulwesens“, die 1938 begonnen wurde, wieder einen Zuwachs (DWEV 1938, S. 325 ff.). Eine begrenzte Zahl von bis dahin als mittlere Schulen eingestuften Anstalten wurde im Zusammenhang der Neuordnung des höheren und mittleren Schulsystems nun den höheren Schulen zugeschlagen (vgl. z. B. REICHsstELLE FÜR SCHULWESEN 1942, S. 6 f.). Im Zweiten Weltkrieg fand also nicht etwa – wie ein erster Blick auf die Statistiken als Vermutung nahelegt – ein neuer Schulausbau oder gar eine neue Phase der Mobilisierung von Bildungsprozessen statt, sondern im höheren Mädchen- wie auch im Knabenschulwesen eine neue bürokratische Zuordnung von ehemaligen mittleren Schulen und ihren Schülerinnen nun als höhere Lehranstalten und Oberschülerinnen.

(b) Die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen, noch deutlicher die der Abiturientinnen während der dreißiger Jahre, war durch spezifische demographische Prozeßkonstellationen und gegensteuernde schulstrukturelle Eingriffe geprägt. In der Regel legten die letzten starken Jahrgänge der vor dem Ersten Weltkrieg geborenen Schülerinnen im Jahre 1933 das Abitur ab, danach folgten die sehr schwach besetzten Kriegsjahrgänge. Sie erklären zu einem großen Teil die schwachen Abiturientinnenjahrgänge zwischen 1934 und 1938.

Der außerordentlich starke Abiturientinnenjahrgang von 1940 kam dadurch zustande, daß in diesem Jahr nicht nur die Oberprimanerinnen, sondern auch die Unterprimanerinnen die Reifezeugnisse erhielten. 1940 erfolgte zeitverschoben die bei den höheren Knabenschulen schon 1938 ad hoc angeordnete Verkürzung des Kurses der höheren Schulen von bisher 9 auf 8 Jahre nun auch bei den höheren Lehranstalten für Mädchen. Durch solche Eingriffe in traditionelle Strukturen des deutschen Schulsystems wurden in diesen Jahren künstlich die Absolventenzahlen gesteigert, um den „Nachwuchsbedarf der Wehrmacht und akademischer Berufe“ zu sichern (DWEV 1936, S. 525; ebd. 1937, S. 11, 155 ff.). Auch der relativ starke Abiturientinnenjahrgang 1941 war das Ergebnis einer künstlich gesteigerten Absolventenquote der höheren Lehranstalten für Mädchen. Die Abiturientinnen der „Oberschulen für Mädchen, hauswirtschaftliche Form“ – ein Schultyp, der zunächst mit dem Ziel eingerichtet worden war, die Mehrzahl der Oberschülerinnen von der allgemeinen Hochschulreife sowie von akademischen Studien und Berufen abzuhalten und stattdessen auf Bildungs- und Berufsperspektiven unterhalb der Universi-

tätsebene zu lenken – erhielten in einem Erlaß vom August 1939, wirksam werdend für die Abiturientinnen des Schuljahres 1940/41, die Berechtigung zum Studium an einer Universität (DWEV 1939, S. 463; vgl. auch ebd. 1949, S. 83 f.). Entgegen den offiziellen Proklamationen, in denen die Bestimmung der Frau zur Ehefrau, Hausfrau und Mutter beschworen und auch für die Mädchenschulen als oberstes Ziel herausgestellt wurde, kam es also im Krieg wegen des dringenden Bedarfs an qualifizierten Kräften zu einer formellen Aufwertung nun auch derjenigen Schultypen des höheren Mädchenschulsystems, die curricular dafür gar nicht angelegt waren – Entscheidungen, die nach dem Krieg als Fehlentwicklung kritisiert und zurückgenommen wurden (vgl. z. B. KULTUSMINISTERIUM NRW 1954, S. 10).

5. Perspektiven

Die Übersicht über die strukturelle und quantitative Entwicklung des höheren Mädchenschulsystems in Preußen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts macht deutlich, daß der Abbau der Benachteiligung von Mädchen beim Besuch gymnasialer Anstalten während der sechziger und siebziger Jahre nur die – lange verzögerte – Fortsetzung des Prozesses einer stetig zunehmenden Bildungsbeteiligung während der ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts darstellt.

Anfang der dreißiger Jahre war der Anteil der Mädchen an den Schülern des höheren Schulsystems in Preußen schon etwa so groß (1931: 37,8%) wie Anfang der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (1961: 39,9%; KÖHLER/ZYMEK 1981, S. 60). Während der Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland stagnierte die Entwicklung: 1936 betrug der Anteil der Mädchen an den Schülern der höheren Schulen 37,5%, 1939 36,9%, 1941 37,3% (REICHsstELLE FÜR SCHULWESEN 1937, 1940, 1943; eigene Berechnungen). Die restriktive Schulpolitik dieser Jahre bewirkte zwar eine Stagnation, aber keinen Rückgang des weiblichen Anteils an den Schülern aller höheren Schulen. Die Quote bei den Abiturientinnen sackte zeitweilig ab: 1931 stellten die jungen Frauen 26,1% der preußischen Abiturienten, 1932 sogar schon 27,2% (REICHsMINISTERIUM DES INNERN 1933, S. 243), 1936 nur noch 22,1%, 1939 22,3%, 1941 nach der Aufwertung des Zeugnisses der „Oberschulen für Mädchen, hauswirtschaftliche Form“ wieder 28,9% (REICHsstELLE FÜR SCHULWESEN 1937, 1940, 1943; eigene Berechnungen). Anfang der sechziger Jahre betrug der Anteil der Frauen an den Abiturienten in der Bundesrepublik etwa 35% (1960: 35,9%, 1965: 35,5%) (KÖHLER/ZYMEK 1981, S. 41).

Diese ausgewählten Daten ersetzen nicht eine noch zu leistende – durch regionale, demographische und schulstrukturelle Bezüge gewichtete – empirische Erfassung und Analyse des Prozesses zunehmender Bildungsbeteiligung in Deutschland während des 20. Jahrhunderts. Sie sollen als Anstoß und Plädoyer für die Erforschung langfristiger schulhistorischer Prozesse verstanden werden, für die sich aus der vorliegenden Analyse vor allem folgende Perspektiven und Fragestellungen ergeben:

1. Die Schulgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, gerade auch der Prozeß des Abbaus der Benachteiligung von Mädchen in den Gymnasien, darf nicht aus der Perspektive der Nachkriegszeit als sozialhistorischer und schulstruktureller Nullpunkt analysiert und interpretiert werden; daraus ergäbe sich für die Bewertung der dynamischen Bildungsexpansion der sechziger und siebziger Jahre eine verzerrte

Optik. Die nun vorliegenden Daten zur Geschichte des höheren Knaben- und Mädchenschulwesens während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Analysen zur Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland lassen die ersten drei Jahrzehnte und die Zeit der sechziger und siebziger Jahre dieses Jahrhunderts als Phasen des Schulausbaus und stetig steigender Bildungsbeteiligung erkennen, unterbrochen nur von den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft und der Nachkriegszeit. Wenn man diese bildungshistorische Phase, die durch Diktatur, Krieg, Nachkriegselend sowie Schulabbau und stagnierende Bildungsbeteiligung geprägt ist, nicht zum gelungenen Normalfall schulischer und sozialer Reproduktion erklären will, dann muß die deutsche Schulgeschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive des Schulausbaus und steigender Bildungsbeteiligung erfaßt und interpretiert werden. Auch für andere gesellschaftliche Bereiche – wie etwa die Ökonomie – gilt ja der ständige Strukturwandel und expansive Prozeß als „normale“ Entwicklung, Stagnation als Krise.

2. Die zunehmende Bildungsbeteiligung von Mädchen und jungen Frauen ist nicht nur eine Konsequenz von Veränderungen in den Sozialisationsmilieus der Familien und daraus resultierenden erweiterten Bildungsaspirationen. Sie erfolgt vielmehr oft im Sog des Schulausbaus, dessen Entwicklungsschübe, bürokratische Strukturprinzipien und Widersprüche die quantitative Entwicklung steuern. Diese Prozesse sind differenziert und im Zusammenhang zu analysieren, um die zunehmende Bildungsbeteiligung auch angemessen zu gewichten, denn nur zu oft erscheint als eine Bildungsexpansion die Zunahme formaler Bildungsabschlüsse, die tatsächlich aber vor allem durch eine Verlagerung von Schulabschlüssen und Berufseinstiegsebenen von einer niederen auf eine höhere Ebene zu erklären ist; Prozesse, in deren Zusammenhang oft auch eine Verschiebung der Funktionen von Schule stattfindet: höhere Bildung (für Mädchen) bedeutet dann oft nicht mehr „Bildung für einen Beruf“, sondern „Bildung statt Beruf“.

3. Desiderate der Forschung zur langfristigen Entwicklung schulischer Bildungsprozesse von Frauen sind vor allem:

– Um die Kontinuitäten und Konjunkturen der Bildungsexpansion schulstatistisch präziser erfassen und erklären zu können, ist vor allem die Analyse der regionalen Schulentwicklung nötig. Die nach den Provinzen des Staates Preußen differenzierten Daten zur Schulentwicklung und Bildungsbeteiligung konnten hier nicht mehr in die Darstellung und Analyse einbezogen werden. Sie lassen unterschiedliche regionale Ausgangsbedingungen und Prozeßverläufe, aber auch eine tendenzielle Abschleifung der ehemaligen regionalen Unterschiede in bezug auf den Ausbau des höheren Mädchenschulwesens in Preußen erkennen. Das bürokratische Prinzip der Nivellierung wirkte sich langsam aus. Ebenso gravierend aber noch widersprüchlicher waren in den zwanziger und dreißiger Jahren die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern des Deutschen Reichs. Sie ergaben sich nicht nur aus den unterschiedlichen ökonomischen und sozialstrukturellen Bedingungen, sondern vor allem auch aus der je spezifischen schulstrukturellen Verankerung der verschiedenen Mädchenschulen im länderspezifischen Schulsystem. Anstalten, die hier als höhere Schulen verortet waren, verblieben dort noch lange im Status von mittleren Schulen; die Abgrenzung von Mädchen- und Knabenschulen war hier und dort sehr unterschiedlich.

– Aus diesen Gründen ist eine differenzierte empirische Analyse der Systematisierungs- und Abgrenzungsprozesse zwischen dem höheren Schulsystem und dem noch lange multifunktionalen, strukturell diffusen mittleren Schulbereich in Deutschland so dringend. Dieser Prozeß verlief in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts langsamer, regional unterschiedlicher und widersprüchlicher als es die amtlichen Erlasse erkennen lassen (MÜLLER/ZYMEK 1987, S. 136 ff.). Die „Neuordnung des mittleren Schulwesens“ von 1938 brachte eine neue, nun reichseinheitliche Zuordnung aller Schulen zum höheren, mittleren oder Volksschulwesen – eine Regelung, deren praktische Wirkung über die Kriegsjahre hinaus noch unerforscht, für die strukturellen und quantitativen Dimensionen der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren aber von grundlegender Bedeutung ist. Das gilt insbesondere auch für die Entwicklung der Bildungsbeteiligung der Mädchen, deren Bildungs- und berufliches Aufstiegsstreben in den ersten Jahrzehnten der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland durch den Ausbau eines flächendeckenden Angebots von Mittel- bzw. Realschulen (die oft ehemalige Mädchenschulen waren) kanalisiert und gedrosselt wurde.

– Eine so akzentuierte schulhistorische Forschung muß den schwierigen Prozeß einer empirischen Aufarbeitung und Analyse der Schulentwicklung während der ersten Nachkriegsjahre, vor allem der zweiten Hälfte der vierziger und der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, beginnen. Dabei wird es nicht mehr nur um eine Analyse der – gelungenen oder versäumten – Versuche einer inhaltlichen Neuorientierung der Schulen nach den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland gehen, sondern auch um die Beantwortung der Frage, wie die deutschen Schulpolitiker und die Schulverwaltungsbehörden an die schulstrukturellen Entwicklungen während der dreißiger und vierziger Jahre angeknüpft haben. Eine Rückkehr zu den Verhältnissen von 1932 war ja nicht nur problematisch, sondern oft gar nicht möglich. Die neue Verankerung und Ausgestaltung der verschiedenen Schulen, gerade auch der Lehranstalten für Mädchen, in den neuen länderspezifischen Schulsystemen bedeutete eine folgenreiche Weichenstellung im Hinblick auf die weitere strukturelle und quantitative Entwicklung des deutschen Schulwesens und im Prozeß der langfristigen Bildungsentwicklung in Deutschland.

Literatur

- EIGLER, H./HANSEN, R./KLEMM, K.: Quantitative Entwicklungen: Wem hat die Bildungsexpansion genützt? In: ROLFF, H. G. u. a. (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim/Basel 1980, S. 45–71.
- DEUTSCHE WISSENSCHAFT, ERZIEHUNG UND VOLKSBILDUNG. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. Berlin 1935–1944. (DWEV).
- HANDBUCH DER PREUSSISCHEN UNTERRICHTSVERWALTUNG. Berlin 1920–1933.
- KÖHLER, A./ZYMEK, B.: Chancengleichheit für Frauen durch Bildungsvorteile? Daten und Erklärungsansätze zum steigenden Schulbesuch der Mädchen an Realschulen und Gymnasien. In: Die deutsche Schule 73 (1981), S. 50–63.
- KÖNIGLICH PREUSSISCHE AUSKUNFTSSTELLE FÜR SCHULWESEN: Jahrbuch, 1. Jg. 1913. Berlin 1914.

- (KULTUSMINISTERIUM NRW): Die Frauenoberschule. Bericht über eine Tagung. Düsseldorf 1954.
- LESCHINSKY, A.: Sekundarstufe I oder Volksschuloberstufe? Zur Diskussion um den Mittelbau des Schulwesens am Ende der Weimarer Zeit. In: Die neue Sammlung 18 (1978), S. 404–430.
- MÜLLER, D. K./ZYMEK, B.: Sozialgeschichte und Statistik des Schulsystems in den Staaten des Deutschen Reiches, 1800–1945. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 2: Höhere und mittlere Schulen, Teil 1. Göttingen 1987.
- NEGHBABIAN, G.: Allgemeinbildung, weibliche Bildung, professionalisierte Weiblichkeit. Der Stellenwert der Frauenschule und der Ausbildungswege zu mittleren Frauenberufen im Prozeß der Schulgeschichte Preußens (1908–1945) und Nordrhein-Westfalens (1946–1974). Diss. Bochum 1988.
- PREUSSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (Hrsg.): Das Schulwesen in Preußen 1921, im Staate, in den Provinzen und Regierungsbezirken (Preußische Statistik. Bd. 272.) Berlin 1924.
- REICHSMINISTERIUM DES INNERN (Hrsg.): Jahrbuch für das höhere Schulwesen. Statistischer Bericht über den Gesamtstand des höheren Schulwesens im Deutschen Reich. 1. Jg., 1931/32, Leipzig 1933.
- REICHsstELLE FÜR SCHULWESEN (Bearb.): Wegweiser durch das höhere Schulwesen des Deutschen Reichs. 1. Jg. (Schuljahr 1935) – 7. Jg. (Schuljahr 1941). Berlin 1936–1943.
- ZENTRALBLATT FÜR DIE GESAMTE UNTERRICHTS-VERWALTUNG IN PREUSSEN. Hrsg. vom Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, dann vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Berlin 1908–1934. (ZENTRALBLATT.)
- ZYMEK, B.: Der verdeckte Strukturwandel im höheren Knabenschulwesen in Preußen zwischen 1920 und 1940. In: Zeitschrift für Pädagogik 27 (1981), S. 271–280.
- ZYMEK, B.: Ursachen und Konsequenzen der Verkoppelung des Mädchenschulwesens mit dem höheren Schulsystem in Preußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: JEISMANN, K.-E. (Hrsg.): Bildung, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert. (Erscheint 1988.)

Abstract

Structural Changes in Secondary Education for Girls in Prussia, 1908–1941

The article presents the main results of an empirical research-project on the history of education. A summary table shows the quantitative development of secondary schools for girls, i.e. the number of female students and graduates in Prussia from the time of the school reform in 1908 up to 1941. The data is explained and interpreted with reference both to the major changes in educational policy and to the development of the entire school system. In the concluding part of his article, the author gives an outline of the impact of these historical processes, which occurred in the first half of the twentieth century, on the educational expansion in the FRG during the last three decades.

Anschrift des Autors:

Dr. Bernd Zymek, Ruhr-Universität Bochum, Institut für Pädagogik, Postfach 102148, 4630 Bochum-Querenburg